

Der Deutsche Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 21

Duisburg, den 21. Mai 1932

33. Jahrgang

Dreizehnte Verbands-Generalversammlung in Königswinter

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes

Aut Beschluß des Verbandsvorstandes findet die ordnungsmäßige dreizehnte Verbandsgeneralversammlung am 25. September und folgende Tage in Königswinter statt. Alles weitere, die Generalversammlung betreffende, wird später noch bekanntgegeben werden. Anträge zur Generalversammlung sind bis spätestens zum 13. August an die Hauptgeschäftsstelle in Duisburg, Stapeltor 17, einzusenden. Die Anträge dürfen nicht mit Versammlungs- oder sonstigen Berichten vermengt sein. Sie sind gesondert abzufassen und mit einer Begründung zu versehen. Die einlaufenden Anträge werden nach Ablauf der gestellten Frist geordnet und im Verbandsorgan veröffentlicht werden.

Der Tag der Delegiertenwahl wird für den ganzen Verband auf Sonntag, den 17. Juli festgesetzt. Die Wahlkreisordnung ist folgende:

Wahlbezirke	Delegierte
Aachen, Stolberg, Eschweiler, Düren	2
Aalen, Schw.-Gmünd, Neckarsulm	1
Ahlen, Bielefeld	1
Amberg, Marktredwitz	1
Augsburg	1
Berlin I, Berlin II, Berlin III, Brandenburg, Fürstentum, Lützenwalde, Rostock, Senftenberg, Stettin, Stolp, Schneidemühl, Wismar	1
Bochum, Gelsenkirchen, Hattingen	1
Breslau, Brieg, Görlitz, Jauer, Mallwitz, Glatz, Neusalz, Primkenau, Schweidnitz	1
Danzig, Elbing, Königsberg	1
Dillingen	1
Dortmund	1
Duisburg, Hamborn	2
Düsseldorf, Silden	2
Effen	3
Frankfurt, Fulda, Kassel	1
Hagen, Werdohl	1
Hamm, Gütersloh, Warstein, Belede	1
Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Papenburg, Wilhelmshaven	1
Hildesheim, Peine, Bernburg, Clausthal, Erfurt, Dessau, Halle	1
Hindenburg, Gleiwitz, Beuthen, Reife	1
Hörde, Herne, Witten	1
Köln	2
Kiel, Glensburg, Rüdnic, Lübeck	1
Krefeld, Rheinhausen	1
Leipzig, Aue, Chemnitz, Dresden	1
Ludwigshafen, Pforzheim, Rottenburg, Tuttlingen	1
Magdeburg, Oker, Thale, Dingelstädt, Duderstadt, Seiligenstadt	1
Mannheim, Karlsruhe, Freiburg	1
Mainz, Rheingebiet, Sunrüd, Höchst	1
Menden, Lippstadt	1
M. Gladbach	1
Mülheim (Ruhr)	1

Wahlbezirke	Delegierte
München, Altötting, Ingolstadt, Regensburg	1
Münster, Bocholt	1
Neheim	1
Neunkirchen, Homburg	1
Nürnberg, Obereichstätt, Schweinfurt, Würzburg	2
Oberhausen, Sterkrade	1
Olpe, Dillenburg	1
Olpe, Lüdenscheid, Schwelm	1
Offenbach, Aschaffenburg	1
Osnabrück, Hannover	1
Saarbrücken, Brebach	2
St. Ingbert, Kaiserslautern	1
Siegen, Behndorf	1
Siegburg, Bonn, Neuwied, Trier	1
Solingen, Remscheid	1
Stuttgart, Eßlingen, Ulm, Schramberg	1
Velbert, Barmen	1
Villingen, Singen, Friedrichshafen	1
Völklingen	1

Wahlvorschriften

1. Die Wahlen müssen am Sonntag, dem 17. Juli, in allen Ortsgruppen vorgenommen werden. Eventuelle Stichwahlen werden am 31. Juli getätigt. Die Vorbereitung der Wahl soll frühzeitig in Angriff genommen werden.

2. Wahlberechtigt sind alle Mitglieder, die ihre Beiträge bezahlt haben. Das Mitglied wählt in der Ortsgruppe, der es am Wahltage angehört. Einzelmitglieder und Kollegen, die sich auf Wanderschaft befinden, wählen in der ihnen nächstgelegenen Ortsgruppe.

3. Pflicht aller Mitglieder ist es, ihr Wahlrecht auszuüben. Das Mitgliedsbuch ist bei der Wahl vorzulegen. In das Mitgliedsbuch soll dem Mitglied auf der zweiten Seite des Titelblattes die Beteiligung am Wahlakt durch Ausdruck des Stempels bescheinigt werden.

4. Jede Ortsgruppe hat eine Wahlliste anzulegen, worin diejenigen Mitglieder, welche ihr Wahlrecht ausüben, mit Namen und Buchnummer einzutragen sind. Die Liste bleibt zur Kontrolle im Verwahr der Ortsgruppe.

5. Um eine Zersplitterung der Stimmen möglichst zu vermeiden, soll der Wahlvorstand sich mit den ihm zugeteilten Ortsgruppen schriftlich ins Einvernehmen setzen und denselben geeignete Vorschläge unterbreiten. Es ist Wert darauf zu legen, daß nur solche Delegierte gewählt werden, welche sich in der Organisation bewährt haben und eifrig tätig gewesen sind.

6. Wo mehrere Ortsgruppen einen Wahlbezirk bilden, gilt der Vorstand derjenigen Ortsgruppe, die als erste im Wahlbezirk aufgeführt ist, als Wahlvorstand.

7. Die Wahl erfolgt geheim und durch Stimmzettel, die mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen sind. Den Wählern

werden die Zettel beim Wahlakt überreicht. Jeder Wähler hat auf den Stimmzettel so viele Namen zu schreiben, als Delegierte zu wählen sind. Die Namen der in Vorschlag gebrachten Kandidaten sind vor dem Wahlakt mitzutellen. Stimmzettel, welche mehr Namen enthalten als Delegierte zu wählen sind, müssen als ungültig erklärt werden.

8. Die Stunden der Wahl sind durch die Ortsgruppe festzusetzen und den Mitgliedern bekanntzugeben. Wo mehrere Ortsgruppen einen Wahlbezirk ergeben, müssen das Resultat und die Stimmzettel nach getätigter Wahl dem Wahlvorstand sofort übermittelt werden.

9. In Ortsgruppen, wo Mitglieder regelmäßig Tag- und Nachtschicht haben und auch des Sonntags arbeiten müssen, z. B. Hüttenarbeiter, sind die Wahlstunden so einzuteilen, daß es sowohl der Nacht- als auch der Tagschicht möglich ist, ihr Wahlrecht auszuüben. Die Stunden des Wahltermins sind früh genug den Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen.

10. Der Wahlvorstand des Wahlbezirks hat das eingesandte Material und die Stimmzettel zu prüfen und festzustellen, ob eine Stichwahl erforderlich ist. Im letzteren Falle ist den beteiligten Ortsgruppen sofort Mitteilung zu machen mit Nennung der zwei Kandidaten, unter welchen Stichwahl zu erfolgen hat.

11. Als gewählt gelten diejenigen Kandidaten, welche mindestens eine Stimme mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Hat kein Kandidat die absolute Majorität erhalten, so ist Stichwahl erforderlich zwischen den beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben.

12. Als Kandidaten für die Stichwahl gelten nur immer die beiden, welche im ersten Wahlgang die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigt haben. Stimmen, welche in der Stichwahl auf andere Namen lauten, sind ungültig.

13. In jedem Wahlbezirk ist außer dem Delegierten ein Ersatzmann zu wählen. Der Kandidat, der nächst dem Delegierten die höchste Stimmenzahl erreicht, gilt als Ersatzmann. Wenn der gewählte Kandidat verhindert ist, an der Generalversammlung teilzunehmen, so tritt der Ersatzmann mit gleichen Rechten an dessen Stelle.

14. Die Wahlvorstände haben bis spätestens zum 7. August der Hauptgeschäftsstelle in Duisburg die Resultate der getätigten Wahlen unter Angabe der genauen Adresse der Delegierten mitzutellen.

Die Wahlresultate werden im Verbandsorgan bekanntgegeben.

Der Hauptvorstand.

J. D.: Franz Weber, Verbandsvorsitzender.

Zur dreizehnten Generalversammlung

Unsere 13. Generalversammlung, die in Königswinter stattfindet, ist mit obiger Bekanntmachung des Vorstandes verkündet. Unsere 12. Generalversammlung fand bekanntlich in Saarbrücken statt. — Schon auf unserer Saarbrücker Generalversammlung, welche die Einführung der Alters-Invalidenunterstützung brachte, konnten sich die Delegierten dem Eindruck nicht entziehen, daß Deutschland einer bedenklichen Verschlechterung der Konjunktur entgegengehe. Politische Belastungen, Einengungen des Wirtschaftslebens und Erkenntnis einer immer stärker aufsteigenden sozialen Reaktion zeigten, daß Deutschland und die Welt an einem bedenklichen Wendepunkte angekommen waren. Schon bald prasselte der Sturm los. Ende 1928 versuchte die Schwerindustrie in einer großen Aussperrung einen Durchbruch durch das Arbeitsrecht. Sie ist seit der Zeit nicht müde darin geworden. An der vorbildlichen Disziplin der Metallarbeiterschaft zerbrach sich diese Woge. An 2 Millionen RM. an Unterstützungen wurden damals von unserem Christlichen Metallarbeiterverband den Kollegen gegeben. Manche, die damals bedeutende Unterstützungen bezogen, haben dem Verband wenig Dank dafür gewußt.

Dann setzte, sich von Monat zu Monat vergrößernd, die Arbeitslosigkeit ein, welche auch unseren Verband nicht nur vor neue, große gewerkschaftliche Aufgaben, sondern vor finanzielle Anforderungen stellte, welche in diesem Umfang bis dahin nicht bekannt waren. Ein paar Zahlen über den Arbeitsmarkt mögen die Schwere der Lage zeigen. Ende 1928 hatten wir bereits 2,5 Millionen Arbeitsuchende; Ende 1929 3 Millionen; Ende 1930 4,4 Millionen; Ende 1931 5,4 Millionen. Arbeitsuchende Metallarbeiter waren 1929 200803; aber schon im Januar 1930 stieg die Zahl auf 404283 und im Dezember 1930 bereits auf 664938. Im Dezember 1931 stand die Zahl der arbeitssuchenden Metallarbeiter gar auf 880847. Dazu kommen noch die Hunderttausende kurzarbeitender Metallarbeiter. Stilllegung auf Stilllegung erfolgte. Bei manchen wurde man den Eindruck einer Schifane auf bestimmte Gemeinden nicht los.

Wir brauchen nicht zu erwähnen, daß eine solche Krisenperiode besonders als Zeitpunkt für Angriffe auf Arbeitsrecht, Schlichtungswesen, Tarifvertrag, Sozialversicherung benutzt wurde. Die meisten und gefährlichsten Angriffe konnten zurückgeschlagen werden, wengleich infolge Rotverordnungen mancherlei Erschwerungen, ja selbst einseitige

Belastungen der Arbeiterschaft auferlegt wurden. Energische Einsprüche bei den politischen Stellen konnten hier und da Erleichterungen schaffen.

Der Angriff richtete sich hauptsächlich gegen Tarifvertrag und Schlichtungswesen. Wohin wären, so fragen wir, die Löhne gerutscht, wenn nicht noch diese Dämme zum Schutze der Arbeiterschaft dagewesen wären? Deshalb mußte das Hauptbestreben der gewerkschaftlichen Organisation darauf gerichtet sein, diese Rechte der Arbeiterschaft zu erhalten.

Daß eine solche Krise schwere Auswirkungen auf die Finanzkraft des Verbandes haben mußte, ist selbstverständlich. Millionen und aber Millionen mußten für Unterstützungen aufgewandt werden. Die Hoffnung der sozialen Reaktion ist es ja gerade, daß die Gewerkschaften sich derart an ihren Unterstützungen verbluten möchten, daß ihnen für die Zeit des kommenden Aufstiegs keine Finanzen mehr zur Verfügung ständen. Das ist mehr als einmal von Unternehmerblättern ausgesprochen worden. Wenn es überhaupt bei dieser Krise noch so ruhig in Deutschland geblieben ist, dann verdankt Deutschland das der Disziplin der Arbeiterschaft und der Erziehungskraft der gewerkschaftlichen Organisation. Ohne sie wäre längst ein Chaos da. Mancher, der heute gegen die Gewerkschaften heht, würde dann gerne die Hilfe der Gewerkschaften erleben.

Die Unterstützungen haben das gewerkschaftliche Gebäude außerordentlich in Mitleidenschaft gezogen. Schon übersteigen allein die Ausgaben an Erwerbslosenunterstützung die Beitragseinnahmen. Dazu kommen noch die anderen Verpflichtungen, die der Verband zu leisten hat. Wie uns, so geht es heute jeder gewerkschaftlichen Organisation. Hinzu kommt infolge der Arbeitslosigkeit ein enormer Rückgang der Beitragseinnahmen, die heute kaum noch 50% der Beitragseinnahmen von 1929 ausmachen.

Angeichts solcher Verhältnisse und im Hinblick auf die Zukunft muß dem Verbands die erforderliche Aktionskraft zurückgegeben werden. Um aber dennoch den Arbeitslosen, den Kranken, Kurzarbeitern usw. zu helfen, verlangen gewichtige Stimmen einen Umbau der Unterstützungen dergestalt, daß ein Unterstützungsberechtigter erst dann in den Genuß der Verbandsunterstützungen kommt, wenn die staatlichen und kommunalen Unterstützungen erschöpft sind. Andere wünschen ein Aussetzen aller nichtgewerkschaftlichen Unterstützungen. Ueber alle diese für den Verband lebenswichtigen Fragen wird die Generalversammlung entscheiden.

Die Kollegenschaft selbst hat das entscheidende Wort: Soll die gewerkschaftliche Organisation zur Freude der Unternehmer noch mehr geschwächt werden oder wollen die Kollegen die Organisation intakt

halten als starke Grundlage ihrer bedrohten Rechte und als Kraft für die Zeiten des Wiederanstiegs? Wir zweifeln keinen Augenblick, wie die Entscheidung fallen wird. Denn wir kennen Willen und Fleißigkeit unserer Kollegen. G. W.

Industriepolitik und Wirtschaftskrise

An den Anfang dieses Artikels wollen wir drei Tatsachen zur Illustrierung des obigen Themas sehen:

1. Am Ende der privatkapitalistischen Entwicklung steht der Generaldirektor der namenlosen AG.; der Privatunternehmer großen Stils beginnt ausgelöscht zu werden. An die Stelle Vorfigs, des Führers der zusammengebrochenen Vorfig-Werke, tritt als Vorfigender der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände der Generaldirektor Köttgen von Siemens-Schuckert.

2. Der Privatkapitalist reifen Wassers mit allen Instinkten der Piraterie und der Skrupellosigkeit erschoss sich: Jvar Kreuger. Man hatte ihn jahrelang als den „edlen Typ germanischer Edelrasse und des schaffenden Kapitals“ gepriesen; in vielen der Industrie nahestehenden Blättern. Ach, und am Ende blieb ein Sklarek größten Formats übrig. Das privatkapitalistische Denken hat durch Jvar Kreuger einen schweren Stoß erhalten.

3. Beim F a v a g - Z u s a m m e n b r u c h (67 Millionen Reichsmark Verlust) erklärte der führende Direktor Sauerbrey (Gehalt: 200 000 RM) vor Gericht, daß er kaufmännisch überhaupt nicht gebildet sei und „weder von Buchhaltung noch von Bilanzkunde etwas verstehe“. Beim Prozeß Schultheiß-Pagenhofer (60 Millionen Reichsmark Verlust) sagte Generaldirektor Kagenellenbogen vor Gericht, er verstehe zwar eine Bilanz zu lesen, habe aber keine Ahnung, wie eine Bilanz aufgestellt werde, denn so eine richtige kaufmännische Bildung usw. usw. siehe oben.

Diese drei Punkte scheinen ein notwendiger Vorpruch zu sein, wenn man die Industriepolitik und die Wirtschaftskrise betrachtet. Es liegt uns selbstverständlich fern, alle Unternehmer etwa über den gleichen Kamm scheren zu wollen, aber es kann leider nicht geleugnet werden, daß ein bedenklich großer Teil der Krise, unserer deutschen Krise sowohl wie der Weltkrise, auf das völlige Unvermögen an führender Stelle stehender Wirtschaftskreise zurückzuführen ist.

Die in ihren Folgerungen bedenklichste Tat war die in ihrer Naivität kaum zu übertreffende Verhimmelung amerikanischer Arbeits- und Organisationsmethoden. Diese Methoden mögen für Amerika vielleicht ihre Berechtigung gehabt haben, obwohl die Krisenerscheinungen gerade in der bestdurchorganisierten Gruppe, der amerikanischen Autoindustrie, zu der Annahme des Gegenteils Veranlassung geben könnten. In Zeiten, in denen Lohn und Lohnanteil am Produkt in Deutschland sehr niedrig lagen (1924—1927), marschierten deutsche Unternehmer und Ingenieure bataillonsweise nach USA., schrieben Bücher und Broschüren und waren bereits im „herrlichsten“ Rationalisierungsschwung, als die Gewerkschaften vorerst einige schüchterne Bemerkungen zur Rationalisierung machten. Aber schon Anfang 1927 konnte man in deutschen Gewerkschaftsblättern die Mahnung hören, daß die Rationalisierung in dem von den Unternehmern ange schlagenen Tempo außerordentlich bedenklich sei, und man forderte geradezu eine Mitbestimmung am „Tempo des laufenden Bandes“ und eine Regelung des Arbeitstempos. Das sieht nach allem andern aus, nur nicht nach einer Forcierung der Rationalisierung durch die Gewerkschaften. Das Unternehmertum versucht jetzt, die Schuld an der übertriebenen Rationalisierung den Gewerkschaften in die Schuhe zu schieben und gibt als Grund die Lohnpolitik an. Dabei steht fest, daß der wesentliche Teil der Rationalisierung in eine Zeit fällt, in der die Löhne in Deutschland notorisch tief lagen.

Neben der Rationalisierung war es die Politik der Kapitalfehlleitungen in der Privatwirtschaft, die zur Verschärfung der Krise mit beigetragen haben. Will man vielleicht an-

nehmen, daß die Konservierungspolitik besonders in der Großindustrie mit kurzfristigen Krediten und der kurzfristigen Entwertung der Anlagen zu einem Vorteil für die Wirtschaft und für viele Gemeinden geworden sei? Diese Politik ist endgültig abbaureif. Es hat den Anschein, als ob tatsächlich für eine solche Politik auch die Gewerkschaften verantwortlich gemacht werden sollten.

Oder will man vielleicht der Welt plausibel machen, daß die Schaffung von Stammutgebilden in der Industrie durch die Gewerkschaften herausbeschworen wäre? Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist durch eine bestimmte Betriebsform, den Riesen trust, verschärft worden. Das zeigt sich in USA. und in Deutschland. Die gigantischen Expansionen der Truste boten viel mehr Angriffspunkte bei einer rückläufigen Konjunktur als die kleinen und mittleren Betriebe. Vor allem reißten die letzteren nicht die Gemeinden in einen solchen Strudel der Krise wie die Riesengebilde. Wir können der offiziellen Politik auch in Deutschland nicht den Vorwurf ersparen, daß sie nicht rechtzeitig Mittel und Wege einsetzte, um die von den Riesengebilden drohenden Gefahren zu beseitigen. Als der Stinnes trust nach der Stabilisierung zusammenbrach, war es höchste Zeit für die Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Augen offen zu halten. Das Unternehmertum versäumte es, aus diesem Zusammenbruch (waren daran auch die hohen Löhne schuld!) die notwendigen Lehren zu ziehen. Man tat, als wenn nichts geschehen wäre. Dann kamen Zusammenbrüche von Riesenbetrieben im demokratischen Frankreich, im faschistischen Italien und im hochkapitalistischen England. Ein



Das Auge sah den Himmel offen,
es schwelgt' das Herz in Seligkeit!

Zeichen, daß solche Krachs nicht in der Staatsform, sondern in der verkehrten Steuerung des Wirtschaftslebens begründet liegen. Selbst damals war noch Gelegenheit geboten, einzulernen. Verantwortliche Führer der deutschen Industrie aber rannten Vertrustungsdoloren nach bis in den Kladderadatsch hinein. Für diesen durch nichts gerechtfertigten Machtrausch die Gewerkschaften verantwortlich machen zu wollen, geht doch wohl kaum an.

Man fordert „freie Unternehmertätigkeit“. Wir haben dafür sehr viel Verständnis. Jedoch dieses „freie Unternehmertum“ setzt Verantwortungswillen und Wagemut voraus. Aber haben nicht gerade die großen Konzerne das Gesetz der freien Konkurrenz, die Vorbedingung freier Unternehmertätigkeit, ausgeschaltet? Sie sind schwerfällige Bürokratiemaschinen geworden, die im Besitze eines Monopols und unter dem Schutz sehr guter Zölle dahinleben. Die Auslese der Tüchtigen vollzieht sich vielfach nach der Anzahl der studentischen Schmissen und den Protektionsmöglichkeiten. Man hat alles vom Staat angenommen, was irgendwie an Geschenken zu kriegen war, hat aber die frische Luft des Wettbewerbs sorgsam abgesperrt. An solchen Punkten steht die entscheidende Frage ein: Kann ein solcher Betrieb nicht genau so gut und vielleicht noch besser von Staatsbeamten als von Privatbeamten geleitet werden? Auch auf diese Frage werden wir noch eine Antwort geben. Diese Schwerfälligkeit — die sich auch auf das Denken gewisser Großindustrieller anscheinend übertragen hat —, diese geringe Wendigkeit, der Krise die stärkste Seite statt der schwächsten entgegenzustellen, hat in Deutschland die Krise mit verschärfen helfen.

So groß auch der Anteil der Wirtschaftskreise selbst an der Verschärfung der Krise ist, so wäre es ungerecht, ihnen allein die Schuld zu geben. Wesentlichen Anteil haben die politischen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges, die deutsche übersteigerte Verwaltungslast, der Steuerdruck, ja nach einer gewissen Seite hin selbst die Gewerkschaften, insofern sie die aus volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten heraus erwachsenen Forderungen nicht immer scharf genug vertreten haben.

Gegenüber solchen Gesamttatsachen versucht Dr. Schlenker, führender Mann im Langnamverein, in der „Rhein-Ruhr-Wirtschaftszeitung“ Nr. 19 unter der Überschrift „Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskrise“, die Schuld an der Krise allein und ausschließlich den Gewerkschaften zuzuschreiben, ja er scheint nicht einmal einen Einfluß der Weltwirtschaft und der Weltpolitik auf die deutsche Krise anzuerkennen.

Herr Schlenker sollte seine Einsicht und seine Urteilskraft nicht derart gering schätzen und sein logisches Denken nicht so

sehr selbst verdunkeln. Wenn auch gewisse Schwerindustrielle in Ausgabe von Unlogik wetteifern, so sollte doch ein Mann, der immerhin einen Namen als Denker zu verlieren hat, sich nicht in solches Gestrüpp verirren.

Mit Kopfschütteln liest man, daß einzig die Lohnpolitik der deutschen Gewerkschaften die Krise verschuldet habe. Die Lohnpolitik habe das Uebermaß von Rationalisierung begründet, sie habe die deutsche Wirtschaft konkurrenzunfähig gemacht, sie habe die Steigerung der Arbeitslosigkeit verursacht. Wir stellen dazu fest: Im September 1926 betrug die Zahl der Arbeitslosen 1,4 Millionen; im Reichsdurchschnitt verdiente ein gelernter Arbeiter 93,1 Pf. pro Stunde. Die Arbeitslosigkeit sank bis September 1927 auf 770 000, der Durchschnittslohn stieg auf 99,7 Pf. Also bei etwas steigendem Lohn sinkende Arbeitslosenziffern. Dagegen sank von 1930 an beständig der Lohn, um im Jahre 1932 in den meisten Berufen den Stand von 1926 wieder zu erreichen. Die Arbeitslosigkeit aber stieg von 3 Millionen auf 6 Millionen. Also genau das Gegenteil dessen, was Herr Schlenker behauptet.

Es wäre sehr zu bedauern, wenn solche Ansichten wie die Schlenkers etwa aus einseitigen parteipolitischen Gesichtspunkten gefällt würden. Aber es scheint so zu sein. Ihm hat es das politische System angetan. Jedoch, es dünkt ihm nicht genug, dieses System etwa durch ein nationalsozialistisches zu ersetzen, sondern er knüpft an das „neue System“ sehr weitgehende Hoffnungen.

„Solange wir ein innerpolitisches System haben, das den breiten Massen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Wirtschaftspolitik einräumt, muß die Propagierung solcher Forderungen (Sozialisierung des Bergbaus — die Red.) durch die Gewerkschaften krisenverlängernd wirken.“

Es kommt uns zunächst auf den ersten Teil dieses Zitates an. In unser geliebtes Deutsch übertragen, dürfte er kaum anders lauten als: „Schafft diese Demokratie ab, schafft das gleiche Wahlrecht ab, her mit einer Art Dreiklassenwahlrecht!“ Wir sind Herrn Schlenker für sein Spielen mit offenen Karten dankbar. Uebrigens soll ja auch der Langnamverein maßgebend an den Intrigen gegen den Kanzler und Stegerwald beteiligt sein. Sollten wir uns jedoch irren, werden wir uns gern belehren lassen.

Die Arbeiterschaft sieht klar, um was es geht. Die Gewerkschaften sollen die alleinige Schuld an der Krise tragen. Aus diesem Gedanken heraus soll dann später in einem „neuen Reich“ die Forderung auf ein Verbot der Gewerkschaften hergeleitet werden. Nun, darauf werden die Arbeiter die Antwort schon geben, aber in einem anderen Sinne als manchen Herren der Schwerindustrie lieb ist. ... er.

Konsumgenossenschaften im öffentlichen Kampf

Konsumgenossenschaften, Konsumvereine und Bankinstitute der Arbeitnehmerschaft sind drei Grundpfeiler für den Aufstieg der deutschen Arbeitnehmerschaft und für die Neuformung eines wirtschaftlichen Denkens. Neben den Gewerkschaften richtet sich vor allem auch auf die Konsumvereine das Feuer sozialreaktionärer oder kleinbürgerlich-kurzfristiger Kreise. Es gibt Parteien, welche das Heil der Welt von einem Verschwinden der Konsumvereine erwarten. Das Merkwürdige dabei ist, daß sich der Kampf nicht richtet gegen den Genossenschaftsgedanken schlechthin, also nicht etwa gegen die Genossenschaften der Landwirte, des Mittelstandes, des Einzelhandels, sondern fast nur gegen die Genossenschaften der Arbeitnehmer. Da man sich an den Gewerkschaften bereits einige Zähne ausgebrochen hat, versucht man den Bau der Arbeitnehmer-Genossenschaften (Konsum- und Produktivgenossenschaften) anzuknabbern, hoffend, auf „diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege“ einen Stützpunkt der Arbeitnehmerschaft zu unterminieren.

Man sucht die Öffentlichkeit vor allem gegen die Konsumgenossenschaften der Arbeitnehmer einzunehmen mit dem Sin-

wels, daß die Konsumgenossenschaften dem Einzelhändler das Leben ungebührlich schwer machten, ja, daß der Einzelhändler sich vor der Wucht der Konsumvereine kaum noch retten könne. Das wird um so leichter geglaubt, weil man sich über Umfang und Verteilung der deutschen Warenversorgung nicht im klaren ist. Auf die einzelnen Betriebsformen zur Versorgung der Bevölkerung mit Waren entfielen im Jahre 1928 in Deutschland:

Selbständiger Einzelhandel	80,6 %
Sauzier- und Straßenhandel	6,3 %
Warenhäuser	4,3 %
Konsumgenossenschaften	4,0 %
Kettenläden	3,4 %
Verandhäuser	1,0 %
Werkskonsumanstalten	0,4 %

Demgegenüber entfallen in Amerika für das gleiche Jahr auf den selbständigen Einzelhandel	56,7 %
auf die Warenhäuser	16,0 %
auf die Konsumgenossenschaften	0,4 %
auf die Kettenläden	18,0 %
auf die Verandhäuser	3,6 %

Der Umsatz in den deutschen Warenhäusern ist ziffernmäßig vom Jahre 1925 bis 1929 gestiegen von 1,13 Milliarden auf 1,65 Milliarden. Das Jahr 1930 weist einen Umsatz von 1,60 Milliarden auf.

Wesentliche Verlagerungen im Anteil der einzelnen Sparten an der Warenversorgung dürften sich bis heute kaum ergeben haben. Aus der obigen Tabelle ergibt sich, daß allein der Hausierer- und Straßenhandel rund 50% mehr absetzt an Waren als die Konsumgenossenschaften. Der selbständige Einzelhandel thront mit 80,6 Prozent auf einsamer Höhe. Und trotzdem will er dem deutschen Volke weiß machen, daß die Konsumgenossenschaften ihm das Leben erschweren. Es hat fast den Anschein, als ob der selbständige Einzelhandel mit dem Kampf gegen die Konsumgenossenschaften für sich ein Monopol-Saubett verlangt, auf das er sich sorglos hinstrecken möchte.

Mit welcher Ungeniertheit man übrigens für sich in Anspruch nimmt, was man bei anderen bekämpft, zeigte ein Vorfall bei der Sanierung gewisser Mittelstandsgenossenschaften durch das Reich. Das Reich hatte Ende des vergangenen Jahres zur Sanierung von mittelständischen Genossenschaftsbanken usw. 20 Millionen RM. zur Verfügung gestellt. Davon entfielen allein auf zwei Essener Mittelstandsbanken 2 Millionen RM. Trotzdem ritten die vom Reich sanierten Herren eine scharfe Attacke gegen die Arbeitnehmergenossenschaften, und verlangten gegen diese eine Verweigerung jeglicher Unterstützungen durch das Reich.

Weil man den Konsumgenossenschaften in Wirklichkeit nichts anhaben kann, sucht man die Konsumgenossenschaften als Unsicherheitsfaktor im Wirtschaftsleben darzustellen, trotzdem gerade die Konsumgenossenschaften eine größere Krisenfestigkeit gezeigt haben als manche privatkapitalistischen Gebilde.

Die „Selbsthilfe“ Duisburg-Mülheim, eine uns nahestehende Konsumgenossenschaft, schreibt zu den Vorwürfen aus ihrer eigenen Lage heraus: „Die durchschnittliche Reduzierung der Preise beträgt bei unserer Genossenschaft über 26%. Außerdem ist eine starke Umsatzverlagerung zur billigeren Ware eingetreten, wodurch ebenfalls ein Ausfall bei den Umsatzziffern eingetreten ist. Wir schätzen, daß

Die Abrüstungskonferenzen zettigten ungeahnte Erfolge



die Kaufkraft der Bevölkerung, soweit sie von unserer Genossenschaft erfaßt wird, infolge Lohn- und Gehaltskürzungen, Kurzarbeit und Erwerbslosigkeit um etwa 40 bis 45% gesunken ist. Unsere monatlichen Umsatzziffern bleiben aber nur 24 bis 27% hinter den höchsten Umsatzziffern der früheren guten Jahre zurück. Diese Gegenüberstellung beweist, daß die Zahl der laufenden Mitglieder sich während der Krisenzeit noch ganz erheblich erhöht hat. ... Dabei sind die Konsumgenossenschaften in den letzten Jahren mit Steuern ungleichmäßig stark belastet worden. Unsere Steuerlasten sind heute, gemessen am Umsatz, etwa doppelt so hoch wie früher. Die „Selbsthilfe“ wird trotzdem im kommenden Herbst die übliche Rückvergütung von 6% zur Auszahlung bringen. Durchaus zufriedenstellend ist die Liquidität und Finanzlage der „Selbsthilfe“, und auch die Entwicklung der eigenen Sparkasse ist durchaus normal.“

Ähnliches können auch die anderen zu uns gehörigen Konsumgenossenschaften berichten, ein Beweis dafür, wie fest im allgemeinen ein Genossenschaftsbetrieb dasteht und wie stark das Vertrauen der Mitgliedschaft zu ihm ist. Das letztere scheint es gerade zu sein, worauf manche andere Gruppen sehr neidisch sind. Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften gehören enge zusammen. Sie müssen sich gegenseitig stützen und unterstützen. Besonders das letzte ist noch nicht immer im notwendigen Maße vorhanden. Nicht das Wort „Zusammengehörigkeit“ ist letztlich entscheidend, sondern die Tat. In dem Sinne wollen wir auch weiterhin arbeiten. Gemeinsame Kraft eingeseht für das gemeinsame große Ziel! W.

Evangelische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften

Der Vorstand des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine Deutschlands hat kürzlich eine „Erklärung zur Gewerkschaftsfrage“ veröffentlicht. In dieser sind Stellen enthalten, die auf einer Verleumdung des Wesens und der Aufgaben der christlichen Gewerkschaften beruhen. Dieser Vorgang gab einer Anzahl evangelischer Führer der christlichen Gewerkschaften, die meistens auch Mitglied der evangelischen Arbeitervereine sind, Veranlassung zu einer Gegenklärung. Aus dieser sind die Punkte aus der Erklärung des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine, die zu scharfen Beanstandungen innerhalb der christlichen Gewerkschaften Anlaß gaben, ersichtlich. Die Erwiderung der evangelischen christlichen Gewerkschaftsführer lautet:

„Der Gesamtverband E.A.V. hat in seiner Erklärung vom 1. April zwar in erfreulicher Weise herausgestellt, daß eine gewerkschaftsfeindliche Stellung zugleich Arbeiterfeindlichkeit bedeutet, aber bedauerlicherweise glaubt er selbst gegenwärtig „gewerkschaftsbejahend und gewerkschaftskritisch zugleich“ sein zu müssen, weil die christlichen Gewerkschaften angeblich „nach konfessionell-parteilichen Rücksichten die ursprüngliche überparteiliche christliche Gewerkschaftsidee selbst verlassen

und einer taktischen Annäherung an den Marxismus Platz gemacht“ haben sollen. Diesen schweren Vorwurf weisen die Unterzeichneten ganz entschieden als unhaltbar zurück. Seit mehr als 30 Jahren hat keine andere Bewegung bis zur Gegenwart dermaßen erkennbar in der Öffentlichkeit ihre Ablehnung des Marxismus in wirtschaftlicher und religiöser Beziehung dargetan, wie die christlichen Gewerkschaften. Wenn in der Nachkriegszeit zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen eine gewisse Annäherung in der Gewerkschaftstaktik eingetreten ist, dann ist das ein Verdienst der christlichen Gewerkschaften, die durch ihre Beharrlichkeit erreicht haben, daß selbst die freien Gewerkschaften weithin in der Praxis heute das tun, was die christlichen Gewerkschaften schon vor dem Kriege gefordert haben. Die Änderung in der Gewerkschaftstaktik hat natürlich noch keineswegs den marxistisch-sozialistischen Grundcharakter der freien Gewerkschaften verändert. Aber noch viel weniger ist die christliche Gewerkschaftsidee irgendwie beeinträchtigt oder gar verlassen worden, vielmehr hat sie in den Stürmen der Revolution sowohl wie im heutigen Ansturm der sozialen Reaktion erst recht ihre Festigung erfahren.

Tun sind aber die christlichen Gewerkschaften keineswegs

Trotz Krise voran!

Die Werbeaktion im Monat April brachte in manchen Bezirken und Gruppen prächtige Erfolge.

Bezirk Hessen: 83 Neuaufnahmen,
Bezirk Saargebiet: 77 Neuaufnahmen,
Ortsverwaltung Gütersloh: 18 Neuaufnahmen,
Ortsverwaltung Trier: 10 Neuaufnahmen.

Wie steht es mit den anderen Gruppen? Alle Mann an Bord für Freiheit und Recht der Metallarbeiterschaft!

nur „aus Protest gegen die ständige Verletzung der politischen und religiösen Neutralität der freien Gewerkschaften“ entstanden, sondern vor allem auch zur entschiedenen Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft. Das bewirkt ganz von selbst auch ein taktisches Zusammengehen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen, wenn das gemeinsame Arbeiterinteresse gegenüber den Gewerkschaftsgegnern es erfordert. Das ändert aber gar nichts an der weltanschaulichen Grundlage der christlichen Gewerkschaften, die nach wie vor sich zum Christentum und zur Volksgemeinschaft bekennen.

Auch die „Ueberparteilichkeit“ der christlichen Gewerkschaftsbewegung ist unerschütterter, wie sich von selbst aus der Zugehörigkeit von christlichen Gewerkschaftsmitgliedern zu verschiedenen nichtsozialistischen Parteien ergibt. Aber es ist eine absolut falsche Deutung der parteipolitischen Neutralität, wenn den christlichen Gewerkschaften ein Vorwurf daraus gemacht wird, daß sie sozialreaktionäre Bestrebungen politischer Parteien, namentlich wenn deren Gewerkschaftsfeindlichkeit offenkundig ist, bekämpfen, wo sie anzutreffen sind. Wem das unangenehm ist, der mag das Verhalten der betreffenden Parteien kritisieren und nicht die christlichen Gewerkschaften, die hier in berechtigter Abwehr stehen.

Wenn die E.V.-Bewegung das Lebensrecht der Gewerkschaft als wirtschaftliche Interessenvertretung in ihrer Erklärung wie in ihrem Essener Programm von 1931 erfreulicherweise bejaht, dann darf sie sich aber nicht zu einer schiefen Beurteilung verleiten lassen, die einer einseitig parteipolitischen Anschauung entspringt. Auch die Bildung der „Volkfront“, über die man verschiedener Meinung sein kann, bedeutet keine Preisgabe der Grundidee der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Auf die wirksame Abwehr des

politischen Radikalismus, der sich sowohl in der modernen Gottlosenbewegung des Bolschewismus als auch in dem Neuhelidentum des Nationalsozialismus zeigt, kann nicht verächtet werden.

Die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und die Abweisung illegaler Bestrebungen muß gewiß in erster Linie Aufgabe des Staates und seiner Machtmittel sein. Wo diese aber nicht ausreichen, muß die Arbeiterschaft zu ihrem bewährten Mittel der Selbsthilfe greifen, zumal dann, wenn der Bestand der Arbeiterrechte und die Existenz einer selbständigen Arbeiterbewegung bedroht erscheinen.

Daß die evangelischen Arbeitervereine nicht von vornherein vor Bildung der Volksfront um ihre Beteiligung gebeten wurden, bedauern wir; zum Teil ist das jedoch der unklaren Haltung der E.V.-Bewegung selbst zuzuschreiben, die nicht einmal zur Reichspräsidentenwahl eine eindeutige Parole für ihr Ehrenmitglied Hindenburg herauszugeben vermochte.

Auch das in der E.V.-Erklärung gestellte Verlangen, daß „die Gewerkschaften sich freimachen sollen von der falschen Auffassung, von ihrem Standort aus die letzten Fragen von Staat, Nation, Kultur und Kirche als verlängerte Interessenslinie lösen zu können“, ist gegenüber den christlichen Gewerkschaften deshalb unberechtigt, weil letztere sich selbst der Grenzen ihrer Arbeit bewußt sind. Aber sie werden es sich nicht nehmen lassen, auch von ihrem Standort zu den Fragen von Staat, Nation und Kultur wie bisher Stellung zu nehmen, während von ihnen in „die letzten Fragen der Kirche“ überhaupt nie hineingeredet worden ist.

Die christlichen Gewerkschaften anerkennen durchaus die Existenz der konfessionellen Arbeiterstandesbewegung und damit auch der evangelischen Arbeitervereine, deren in neuerer Zeit verstärktes ständisches Wollen aus ihrer religiös-sittlichen Grundeinstellung heraus nur zu begrüßen ist. Aber wir erwarten, daß der Gesamtverband E.V. seine Erklärung zur Gewerkschaftsfrage revidieren und sich wieder wie früher zur treuen Waffenbrüderschaft mit den christlichen Gewerkschaften bekennen wird.“

Bez.: Franz Behrens, Fritz Melcher, Erich Solter, Friedrich Baltrusch, Emil Kandzia, G. Hüfner, F. Meystre, Günther Bergemann, Julius Herrmann, K. Dudes, Andreas Rupp, Frieda Haupt, Heinrich Krömmelbein, S. Tiemann, Mina Amann, Paul Thranert, Emil Hartwig, Erich Blum.



Theodor Mügge

XXI.

„Holla! mein starker Junker Geyer“, lachte er, und schlug ihn auf die Schulter, „bin ich nicht ein besserer Prophet als alle die augenverdrehenden langohrigen Schufte, die mit dem lieben Herrgott Arm in Arm gehen? Wo ist dein bischöflicher Marschallhut? Dein gnädigster, hochwürdigster Vetter, Bischof und Herzog? Und die allerhöchste in Liebe verbrennende Braut mit ihrer welfen Sippschaft?“

„Ich bin eben immer noch, der ich war, gnädiger Herr“, antwortete Florian.

„Das ist der Kasus!“ rief der Markgraf. „Ich fürchte auch, du wirst nichts anderes werden wollen?“

„Rein, gnädiger Herr, ich kann's nicht.“

„Gott helfe dir!“ sprach Kasimir. „Komm her, wir wollen es belassen überlegen, ob hier nichts mehr für dich übrig bleibt.“

Vertraulich setzte er sich neben Florian und richtete an ihn eine Reihe scharfer Fragen über die Zustände und Verhältnisse, welche er in Würzburg gefunden, über den Bischof und seine Hofleute und Vertrauten, über die Stimmungen in der Stadt, über die voranstehenden Ratgeber und Kriegerleute und endlich auch über die Täuschungen, welche Florian von allen Seiten erfahren.

Die Antworten fielen so aus, wie der Markgraf es erwartete, und stimmten mit seinen eigenen Meinungen meist überein. Die Hand an sein Kinn gelegt und das listige Lächeln um seine Lippen, hörte er zu, was Florian über seine Mißgeschicke erzählte, bis er endlich mit spöttischer Miene sagte: „Du mußt dich trösten, lieber, kannst wohl auch wieder zu Gnaden angenommen werden.“

Da er den Unwillen in Florians Gesicht bemerkte, fuhr er fort: „Wenn du billig sein willst, kannst du ihnen so böse nicht sein. Sie hatten es gut mit dir vor, und wer weiß, was noch in dem phantastischen Kopfe dieses leichtsinnigen Gräuleins steckt.“

Er blickte Florian scharf an, doch dieser veränderte keine Miene. „Ihr wißt wohl, gnädiger Herr“, sagte er, „was Ihr mir bei dem Abschiede in Kissingen als Warnung mitgabt, das habe ich nicht vergessen.“

„Du bist kein Mann für hohle Träumereien!“ rief Kasimir, „sie mag es inne geworden sein, aber es kamen andere herrliche Aussichten dazu.“

Der Hohn in seinen Augen vermehrte sich, als er seine Hand auf Florians Arm legte und dabei sprach: „Sie konnten dich gebrauchen und konntest ihnen sogar als freier und Verwandter annehmbar erscheinen, wenn es galt, dadurch dem Bischof einen getreuen, tapferen Dienstmann von besonders großen Fähigkeiten zu gewinnen, mir aber einen Freund zu nehmen, auf den ich selbst Hoffnungen setzte. Inzwischen aber änderten sich die Aussichten. Die fränkische Herzogskrone erschien lieblich einladend vor ihren Augen, und dafür, mein lieber Florian, war dein Kopf nicht gemacht.“

Florian dachte an Hildegard; der Markgraf lachte auf. „Es ist wirklich so“, sagte er, „sie dachten in allem Ernste daran. Unterhandlungen waren angesponnen, die ehrgeizige Schwester des Bischofs ins Vertrauen gezogen, aber er selbst zitterte und sagte, denn wie sollte der alte Schwelger sich zu solcher Kühnheit auftraffen? Nun kam der Pfälzer, um den Hebel anzulegen, von der anderen Seite aber der Truchseß mit Radeschwert und Daumenschrauben. Weißt du, was die Folge war?“

Florian konnte mit voller Gewißheit antworten: „Sie zitterten beide vor diesem Radesengel und schworen alle Versuchungen des Teufels ab.“

„Richtig!“ rief der Markgraf hohnlachend, „auch war es das weiseste, das sie beginnen konnten; denn was sollte ihnen glücken? Für die Her-

Verbandsgebiet

Eine verdienstvolle Mitarbeiterin in Dülken †

Vor einiger Zeit starb in Dülken (Rheinland) im Alter von 63 Jahren infolge eines Schlaganfalles die in der Ortsgruppe Dülken unseres Verbandes wegen ihrer Verdienste um den Verband hochgeehrte Frau unseres Kollegen Franz G a t h e r.

Der Kollege Franz G a t h e r war lange Jahre Kassierer unserer Ortsgruppe Dülken, die zu seiner Zeit zirka 300 Mitglieder zählte. Bei dieser für den Verband so wichtigen Arbeit war die Verstorbene ihm eine treue Helferin. Ihre Hauptaufgabe bestand darin, die Mitgliedschaft in der schwierigen Zeit der Inflation und der Besetzung durch fremde Truppen gemeinsam mit unserem Kollegen zusammenzuhalten. Manche Versammlung der Ortsgruppe mußte in ihrer Wohnung abgehalten werden.

Noch mehr mußte sie praktisch in der Ortsgruppe mitarbeiten, als unser Kollege G a t h e r einen schweren Betriebsunfall erlitt und dabei seinen linken Arm verlor. Sie führte in dieser Zeit die Kassierergeschäfte für ihren Mann weiter, und zwar zur vollsten Zufriedenheit der Ortsgruppe.

Die Ortsgruppe Dülken gelobt, in ihrem Sinne für den Christlichen Metallarbeiterverband weiterzuarbeiten.

Ihre Arbeit wird in der Ortsgruppe und in der Ortsverwaltung unvergessen sein.

A. M.

Homburg (Saarpfalz) meldet:

Die Jahresdelegiertenkonferenz, die von allen Zahlstellen gut besucht war, nahm in Anwesenheit des Bezirksleiters Kollegen P i c k den Geschäfts- und Kassenbericht des Ortsbevollmächtigten Kollegen B o n g e r s entgegen. Unter anderem berichtete letzterer, daß leider in allen von dem Verwaltungsbezirk erfaßten, an sich nur kleinen Industrie-komplexen, die sich schon seit Jahren zehrende rückläufige Bewegung der Beschäftigtenzahl Ende 1931 und Anfang 1932 einen ungeahnten Tiefstand der Belegschaftsziffern ergeben habe. Die Auswirkungen auf unsere Mitgliedschaft zeigen folgende Zahlen: Ende Dezember 1931 waren 53% der Mitglieder arbeitslos, davon bezogen noch Unterstützung 17%; Ende Januar 1932 arbeitslos insgesamt 61%, davon Unterstützungsempfänger 18%. Die Gestaltung der Verbandsfinanzen ist durch diese Entwicklung sehr ungünstig beeinflusst worden. Während auf der einen Seite die Beitragseinnahmen sehr stark zurückgehen, wachsen die Ausgaben infolge der starken Inanspruchnahme der Verbandsunterstützungen. Ein Auszug aus dem Kassenbericht möge das veranschaulichen. Die Einnahmen der Hauptklasse betragen 128 022,65 Franken, die Ausgaben der Hauptklasse betragen 106 077,05 Franken. Es konnten der Hauptklasse somit überwiesen werden 21 945,60 Franken. Die Ausgaben verteilen sich auf folgende Konten: Arbeitslosenunterstützung 73 523,75 Franken, Kranken-

unterstützung 15 122,80 Franken, Sterbegeld 2150 Franken, Streik-, Lohnbewegungen 1041 Franken, Rechtsschutz 641 Franken, Notfall-Unterstützung 289 Franken, Verwaltungskostenzuschuß 13 319,55 Franken. Der Hauptklasse verbleibt also im Jahre 1931 bei weitem nicht soviel, wie sie für die Verwaltung Homburg an den Fonds für die Altersinvalidenunterstützung abführen muß. Sie erhält nichts für die Bereitstellung des Verbandsorgans und für die Durchführung der umfangreichen Ausgaben auf den Gebieten des Tarif- und Lohnwesens, des Arbeitsrechts, der Sozialpolitik, für Rechtsschutz und die vielen Gebiete einer wirklichen Interessenvertretung für die Metallarbeiterschaft. Ganz abgesehen davon, daß dem Kampffonds, also dem materiellen Rückgrad unserer Kampforganisation, keine neuen Mittel zugeführt werden konnten, mußten namhafte Beträge der Kampffreserven verbraucht werden. Daß an einem Umbau der Unterstützungen nicht vorbeigegangen werden kann, war allen klar geworden.

Rechtsschutz wurde in 511 Fällen erteilt durch 510 Beratungen, 303 Schriftsätze und 121 Termine und Verhandlungen. Festgestellter Barerfolg 48 636,90 Franken. Es konnte am Jahresluß bei 115 Neuaufnahmen ein Mitgliederzuwachs von 27 Mitgliedern festgestellt werden. Bongers berichtete dann noch über die Gestaltung des Lohn- und Tarifwesens für Zwickbrücken und die Diamantindustrie unter dem Hinweis, daß bezügl. der Saarindustrie Kollege P i c k in seinem Referat berichtet werde. Nach dem Bericht der Kassenprüfer erteilte die Versammlung einstimmig Entlastung.

Bezirksleiter Kollege P i c k sprach dann über die Lohn-, Tarif- und Sozialpolitik im Saarbezirk. Er zeigte alle die großen Schwierigkeiten auf, die dem Verband vor allem im vergangenen Jahr überall entgegenstanden und bewies, unter lebhafter Zustimmung der versammelten Delegierten, daß ohne den Christlichen Metallarbeiterverband die Metallarbeiterschaft an der Saar heute schon längst in vollkommene Rechtslosigkeit abgesunken sei. Es sei darum notwendig, unentwegt an der Erhaltung und Stärkung der Schlagkraft unseres Verbandes zu arbeiten. Starker Beifall und zustimmende Ausführungen in der nachfolgenden lebhaften Diskussion bewiesen Einmütigkeit zwischen Verbandsmitgliedern und Leitung. Nachdem die Vorstandschaft einstimmig wiedergewählt worden war, fand die Konferenz mit einem aufmunternden Schlußwort des Kollegen Bongers ihr Ende.

B.

Aus dem Trierer Land

Durch die ausgedehnte Lage der Ortsverwaltung Trier war es notwendig, zwei getrennte Jahreshauptversammlungen abzuhalten. Die Versammlungen in Trier sowie auch die für den Hochwaldbezirk auf der Mariahütte waren gut besucht. Die Kollegen der Mariahütte brachten ein besonderes Opfer, da sie nach Schichtluß noch vier Stunden der

Zogskrone in Franken gehört ein anderer Mann, der nicht nur imstande ist, sie sich aufzusehen, sondern auch sie festzuhalten!"

Er rückte sein Haupt, als säße die Krone schon darauf, und blickte Florian mit funkelnden, festen Blicken an. „Doch dazu ist es noch nicht Zeit“, fuhr er fort, „warten wir also noch ein Weilchen. Sind das die Männer für große Taten; die Männer, um Zelten und Menschen zu wandeln! Ich danke dir, Florian, daß du nicht mit dem Pfaffenherrgott gezogen bist und hast dir dein Kreuz nicht ausbrennen lassen.“

„Er soll mich niemals mehr an seiner Seite sehen“, sagte Florian.

„So ist dir unter den Pfaffen wohl der Ekel vor ihnen überkommen?“ fragte Kasimir.

„Ja, gnädiger Herr, ein tiefer, tödlicher Ekel vor dieser heillosen Wirtschaft.“

„Sie soll enden, Florian. — Willst du mich nach Ansbach begleiten?“

„Ich möchte bleiben, gnädiger Herr.“

Der Markgraf sah ihn lauernd an. „Du hast deine Hoffnungen noch nicht aufgegeben?“

„Es gibt der Hoffnungen mancherlei“, sagte Florian.

„Und der Schönen gibt es viele“, lachte Kasimir. „Sält dich eine?“

„Ich will's nicht leugnen, gnädiger Herr.“

„Bei Gottes Wort! so räche dich. Ein Weib gleicht dem andern! Da ist Mathilde von Muslohe aus Rothenburg, sollte sie dir gefallen, so ist Herr Erasmus ein Mann, der mit sich sprechen läßt, du darfst mit nur ein Wort sagen.“

„Soll es gesagt sein, gnädiger Herr, so will ich Euch danken.“

„Es soll dir nicht fehlen, Florian!“ rief der Markgraf. „Du lämst in ein altes, reiches Haus und wärst wohl versehen mit einer vielbegabten Frau, die dich weich und warm hält.“

Die Spötterei glitt wie ein Bliß über sein Gesicht und verschwand. „Bleibe“, sagte er dann, „es ist mir lieb. Stehe treu bei meiner Sache, ich kann und will es dir vergelten. Binnen zwei Tagen muß ich wieder fort, habe mich nur zeigen wollen, damit die lieben Herren mich nicht vergessen. Salte dich zu meinem Bruder und merke auf, Florian. Es geht manches vor unter der Ritterschaft, du verstehst zu beobachten.“

Was dir auffällt, teile meinem Bruder mit, so erfahre ich es sicherlich. Wird es dir aber hier zum Ueberdruß, so komm zu mir, ich habe mehr noch als eine Rennfahne zu vergeben.“

So schied Florian Geyer von ihm, und als er allein war, jagte er voll Groll: „In welchen Schlingen liege ich gefangen und kann sie nicht zerreißen!“ Und vor sich hinsturmend, sprach er weiter: „Mache, daß deine Feinde selbst dir Klugheit zugehen müssen! Diesen Rat hast du mir gegeben, Markgraf, es ist deine Schuld, wenn ich dir folge.“

* * *

Florian wurde von seinen Freunden mit jener liebevollen Teilnahme behandelt, die Mißgeschick trösten und vergüten soll. Es geschah alles, was ihn erfreuen und beleben konnte; denn daß er oft lange Zeit im tiefen Nachdenken saß, ohne auf Fragen zu antworten und zu hören, was um ihn her gesprochen wurde, galt doch allein seinem geheimen Kummer um die treulose Geliebte, die ihn verlassen und vergessen hatte.

„Er wird es in sich austragen“, sagte Gertrude. „Ein so stolzer Geist wie dieser wird nicht dadurch gebrochen, aber wir müssen ihm helfen und ihn in Bewegung bringen.“

Durch den Grafen Georg kam Florian sehr mit vielen Herren vom fränkischen und vom Stiftsadel in befreundete Verhältnisse, und während einer Woche fanden bei mehreren der großen Lehnsleute des Bischofs Gesellschaften statt, welche vornehmlich die Ritterschaft vereinigten. Es waren auch Herren von Bamberg, von Fulda und aus dem Mainzischen zugegen, und lebhaft wurden die Interessen des Adels erwogen, welche überall doch dieselben waren.

Dies geschah eines Tages auch im Hause des Herrn von Erthal, wo ein zahlreicher Kreis sich versammelte, der alle neuesten Ereignisse am Hofe besprach und die verschiedenartigsten Vermutungen daran knüpfte. Der Abreise des Truchseß war nach einigen Tagen auch die des Kurfürsten nachgefolgt, der Markgraf hatte sich so geräuschlos empfohlen, wie er gekommen, und mit ihm war der Graf von Henneberg mit seinem Sohne, dem Koadjutor, verschwunden. Man wollte wissen, daß diese beiden mit dem Markgrafen und dem Dompropst viel beisammen gewesen, darauf auch nach Schweinfurt gemeinsam gereist seien.

Versammlung bewohnten. Auf beiden Veranstaltungen konnten wir unseren Bezirksleiter, den Kollegen Schümmer, begrüßen.

Der Jahresbericht wurde von dem Kollegen Kausaß erstattet. Dieser gab ein anschauliches Bild gewerkschaftlicher Arbeit und Tätigkeit in dem Berichtsjahre. Die allgemeine Wirtschaftskrise wirkte sich in dem auf Grund der Bestimmungen des Schandbittates von Versailles abgeknürten und eingeengten Trierer Wirtschaftsbezirk besonders stark aus. Im Kampf um die Erhaltung der wenigen noch vorhandenen Arbeitsstätten wurde die Verbandsleitung vor schwere Aufgaben gestellt. Im Jahre 1931 fanden zwecks Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen 41 Verhandlungen statt. Die Lohnbittate der Arbeitgeber wurden in allen Fällen mit Hilfe der Schlichtungsbehörden beseitigt und ordnungsmäßige Verträge für die Arbeiterschaft geschaffen. Durch die Rechtschutzfähigkeit wurde ein Barerfolg von 2347,75 RM erzielt. Es wurden 2117 Auskünfte erteilt, 790 Schriftsätze angefertigt und 286 Termine wahrgenommen. An Unterstüngen wurden 3000 RM ausgezahlt. Bei den Betriebsratswahlen wurde ein Mandat gewonnen. Der Mitgliederstand konnte im Krisenjahr nicht nur gehalten, sondern noch etwas erhöht werden. Gegenüber dem Jahre 1928 ist ein Mitgliederzuwachs von 70% zu verzeichnen und auch dieselbe Steigerung im Markterkauf erzielt worden. Zur Schulung und Bildung der Mitglieder fanden 104 Mitgliederversammlungen und Sitzungen statt. Außerdem noch ein

besonderer Unterrichtskursus. Am Schlusse des Jahresberichts dankte Kollege Kausaß allen Mitarbeitern für die geleistete Mitarbeit und allen Verbandsmitgliedern für die Verbandstreue.

Bezirksleiter Kollege Schümmer gab dann seiner Freude Ausdruck über den guten Versammlungsbesuch und über die wachsende gewerkschaftliche Aktivität der Mitgliedschaft im Trierer Bezirk. In seinen weiteren Ausführungen hob er die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit in dieser Krisenzeit für die Arbeiterschaft besonders hervor und gab einen Bericht über die für die Kollegen geleisteten Verbandsarbeiten innerhalb des Bezirks. Eingehend auf die sozialreaktionären Strömungen der Gegenwart, frischte er persönliche Erinnerungen auf aus der Zeit vor 30 Jahren, wo unter dem damaligen Klassenstaat die Arbeiterschaft politisch entmündigt und wirtschaftlich entrechtet war. Jener unsoziale Staat der Vorkriegszeit, in dem man der Arbeiterschaft wichtige Lebensrechte vorenthielt und sie zum Staatsbürger zweiter Klasse stempelte, ist wieder das Ziel der deutschen Sozialreaktion. Deshalb sind starke christlich-nationale Gewerkschaften, ein starker christlicher Metallarbeiterverband notwendig, um die Lebensrechte der deutschen Arbeiterschaft in Zukunft zu sichern. Nach Erledigung der Vorstandswahlen schloß Kollege Kausaß mit einem Treugelöbnis zum Verbands die bedeutungsvollen Tagungen.

E. Naujack.

Umschau



Albert Thomas †

So sehen wir ihn noch vor uns stehen. Es war in Essen 1927 anlässlich des drohenden Eisenkonfliktes in einer riesigen Versammlung der christlichen Gewerkschaften. Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamts in Genf, sollte das Hauptreferat halten über die internationale Arbeitsorganisation. Die kleine schwarzbärtige, lebendige Gestalt schob plötzlich alle Manuskriptblätter beiseite und sprach aus der Erglossenheit des Augenblicks heraus. Um zwei Namen rankte er seine Rede: Johann Dieberts und Franz Weber, in denen er die Kraft des Pioniertums und die weise Klugheit

des Führers pries. Bedeutende Worte prägte er — der Sozialist — damals über den tiefen Kulturwert des Christentums und die Notwendigkeit der weltanschaulich gebundenen Gewerkschaftsbewegung.

Nun ist er nicht mehr. Sein Leben, das zwischen Konferenzen, Expertenberatungen und Reisen für die bestmögliche Formung sozialpolitischer Werte dahinstrafte, schloß — bezeichnend genug — auf einer Reise in Paris ab. Erst 54 Jahre alt.

Die Schöpfung der internationalen Arbeitsorganisation war sein Meisterstück, das nicht ein Stück trockenen Bürokratismus, sondern ein lebendiger internationaler Organismus war. Die sozialen Gründe der Krisen einzudämmen und die Lage der arbeitenden Schichten zu heben, war für Thomas eine heilige Sache.

Thomas' Bemühen ging darauf hinaus, die Gefahrenpunkte, die im Interessenkampf der einzelnen Schichten untereinander liegen, einzudämmen. Den Aufstieg von Volksschichten, ja der Menschheit, sah er nur auf dem Wege unermüdlicher Reformarbeit gegeben. Revolutionen bargen nach seiner Anschauung außerordentlich viel Zerstörendes und Hemmendes für die Völker. Mehr als manchen, deren Pflicht es gewesen wäre, lag ihm die deutsch-französische Verständigung am Herzen. Ein Franzose starken Blutes, war er zu einem Kämpfer europäischer Einheit geworden. Der Christliche Metallarbeiterverband wird dieses bedeutenden Menschen stets in Dankbarkeit gedenken. ... r.

Ueber die geheimen Verabredungen der Fürsten gab es manche Vermutungen, die zum Teil das Richtige trafen. Man wollte wissen, daß der Kurfürst dem Bischofe zugeredet, von Rom abzufallen und ihm die Hilfe der evangelischen Fürsten in Aussicht gestellt hatte, andererseits, daß der Truchseß mit der Rache des Kaisers und des Schwäbischen Bundes gedroht, endlich, daß der Markgraf ihm wieder Mut gemacht und seines eigenen Bruders Beispiel vorgehalten habe. Aber Bischof Konrad war kein Albrecht, sondern ein verzagter, herzloser Mann, die Herren mußten spottend zugeben, daß er alsbald in solche Angst und Verwirrung über seine Kühnheit geraten würde, daß ein elendes Ende nicht ausbleiben könne. Dann aber fing sicherlich der Dompropst die fallende Bischofs- und Herzogskrone auf, und neben ihm stand der Markgraf mit seinen waffengeübten Fahnen, seinen kriegerischen Eigenschaften und seiner List.

Der größte Teil des Adels hatte jedoch an diesen Aussichten kein Wohlgefallen; denn die kräftigen Brandenburger waren, trotz ihrer Schmeicheleien und Versprechungen, ganz andere Herren als die Bischöfe von Würzburg, die ihren Lehnsleuten jeden nur möglichen Willen ließen. Weit lockender war für die mächtigsten unter ihnen die geheime Hoffnung, die Lehnspflichtigkeit überhaupt los zu werden und ausbrechende Verwirrungen berartig zu benutzen. In Andeutungen über solche Gesinnungen fehlte es in diesem Kreise nicht, doch mehr noch würden sie hervorgetreten sein, wenn nicht die Besorgnisse über das Anwesen, das von vielen Seiten her gemeldet wurde, dies gehindert hätte, und eben waren Nachrichten über einen Vorfall eingetroffen, der die Herren lebhaft beschäftigte.

Eine Rottte Bauern war vor das Kloster Aura bei Kissingen gezogen und hatte dem Abt grobe Vorstellungen über widerrechtliche Bedrückungen gemacht, welche sie von ihm erduldeten. Der geängstigte Abt konnte den Saufen nur los werden, als er das Versprechen leistete, die Ungebühr abzustellen. Die Bauern kamen aber nicht demütig, sondern ungehörlich, manche sogar mit Schwertern und Speisen, und das Kloster hatte ihnen Speise reichen und ein Faß Wein liefern müssen, das sie unter großem Jubel ausleerten. Macht war nicht vorhanden, um sie zu strafen, der Amtmann von Trimbach eben in Würzburg; jedenfalls aber konnte solche Frechheit nicht hingehen.



Es gab keine Stimme, die nicht dies unerhörte Benehmen verdammt, denn wie mochte sich der Bauer unterfangen, seinem Herrn zu trotzen. Man hielt es für Pflicht des Bischofs, wenigstens den Anstiftern dieses Streichs die Köpfe abzuschlagen zu lassen; manche der Wildesten aber begnügten sich auch damit nicht, sondern verlangten, daß die ganze Rottte dem Nachrichter müsse überliefert werden.

„Jammer und Schade ist es!“ rief der Ritter Zepfolf von Rosenberg, „daß Hans Suttin und Eustach Thüngen nicht zur Stelle waren. Sie hätten dies schandbare Werk nicht geduldet, hätten es die Buben auf der Stelle mit ihrem Blute bezahlen lassen.“ (Fortsetzung Seite 323.)

Wirtschaft-Technik

Nummer 5

Duisburg, den 21. Mai 1932

Nummer 5

Fortschritte im Werkzeugmaschinenbau für die Metallindustrie

III.

Spannwerkzeuge

 Die Gruppe der Spannwerkzeuge ist um ein wertvolles Instrument vermehrt, nämlich den Universal-Radial-Spann- und Teilapparat (Gebr. Hanisch, Gera). Auf der mit einer Gradeinteilung versehenen Grundplatte schwenkt ein horizontales Lager, das in jedem beliebigen Winkel festgespannt werden kann. In diesem horizontalen Lager ist ein Schwenkstück drehbar angeordnet, welches das vertikale Lager trägt. Beide Lager können durch Klemmböden festgehalten werden. Für den Lehrenbau sehr vorteilhaft ist ein Präzisions-Kreuztisch mit Fein-einstellung durch Endmaße (Loewe-Gesfürel, Berlin). Es eignet sich zur Erreichung hoher Genauigkeiten für eine universelle Verwendung bei Bohr-, Fräs- und Stoßmaschinen.

Messwerkzeuge

An die Messwerkzeuge werden von Jahr zu Jahr höhere Anforderungen gestellt. Deshalb nimmt das optische Messverfahren auch stark an Bedeutung zu. Zu ihm gehört der Ultrapak (Leitz-Werke, Wehlar). Es ist eine neuartige Beleuchtung, ein Zusatzgerät zum Mikroskop und dient in der Hauptsache zur Führung der Lichtstrahlen außerhalb der Beobachtungsoptik, um Reflexe zu verhindern. Eine Tiefenbeobachtung ist dadurch besonders gut möglich. Zum Messen von elastischem Material dient ein Messgerät mit zwei Mikroskopen (Loewe-Gesfürel, Berlin). Das Einstellen erfolgt mit End- und Strichmaßen. Die Abweichungen vom Sollmaß werden an dem Okular-Mikrometer abgelesen. Zum Messen kleiner Bohrungen dienen Messkeile.

Neben den optischen Messungen treten die mit Messuhr ebenfalls in die Reihe (Allg. & Baumgärtel, Aschaffenburg). Vor allem wird die Messuhr mehr und mehr zum Beobachten des Messdruckes verwendet. Auch bei der Winkelprüfung hat sie jetzt Eingang gefunden. Neu ist auch das Supermikrometer, eine Kleinmeßeinrichtung, die Messungen bis zu 150 mm gestattet. Als Messorgane dienen eine Mikrometerspindel mit gehärtetem und geschliffenem Gewinde, ein Konius mit $\frac{1}{1000}$ mm und zur Ueberwachung des Messdruckes wieder eine Messuhr.

Spannlose Formung

Die spannlose Formung gewinnt immer mehr an Bedeutung, namentlich seitdem eine wirksame Gemeinschaftsarbeit zwischen Stanzen und Schweißen erreicht worden ist. Eine wirtschaftliche Fertigung wird in der Schmiede erreicht durch mechanische Hämmer, selbst in kleineren Betrieben. Wegen ihrer guten Steuerung eignen sich hierfür vorteilhaft die Lufthämmer (Beche & Groß, Südeswagen, Rhld.), die schon bei einem Bärgewicht von 15 kg beginnen. Für die Gesenk Schmiede ist der Gesenkhammer vorteilhafter. Wegen seiner soliden Führung eignet er sich besonders für das Vorrecken und für das Schmieden im Doppelgesenk. Zur Herstellung der Stanz- und Ziehteile dient die einarmige Exzenterpresse mit patentierter Tischanordnung (Gebr. Göh, Lauter, Sa.). Die Stößelführung ist verbreitert, wodurch das Kantieren des Stößels vermieden wird. Der Tisch besitzt prismatische Führung in der Mitte und außerdem eine Hohlspindel, so daß ein Feder- oder ein Druckluft-Ziehapparat eingebaut werden kann. Die Friktionspindelpresse (Berlin-Erfurter Maschinenfabrik, Berlin) besitzt nur noch eine Treibscheibe. Der Rückgang des Bären wird durch ein pendelnd aufgehängtes Vorgelege, aber durch dieselbe Treibscheibe erzielt. Zur Herstellung von Preßteilen aus Messing und Aluminium findet die Schnellläufer-Schlagpresse Verwendung (Erdmann-Kirchheis, Aue, Sa.). Die Ueberlegenheit dieser neuen

Presse liegt in der Subzahl von 120 in der Minute. Sobald ausgesprochene Massenfertigung in Frage kommt, werden die vollautomatischen Stufen- oder Ziehpressen benutzt (Hiltmann & Lorenz, Aue, Sa.). Der Vorschub erfolgt hierbei durch einen Walzen-vorschubapparat oder durch Greifervorschub. Zur Herstellung von eisernen Türrahmen oder Fensterprofilen bedient man sich der Ablant- oder Profilleisten-Pressen (R. Sonntag, Gera). Hier ist das Ablanten beliebig langer Bleche möglich. Die Ablantungen fallen auf der ganzen Länge sehr gleichmäßig aus. Die Umbügel sind schärfer, die Blechstärke ist nicht begrenzt.

Schweißen

Eine Neuerung auf dem Gebiete der Punktschweißung ist die Doppelpunkt-Schweißmaschine (Messer & Co., Frankfurt a. M.). Der wesentliche Vorteil liegt darin, daß gleichzeitig zwei Punkte geschweißt werden können. Außerdem liegen beide Elektroden neben- und nicht untereinander. Dadurch spielt die Stärke des Unterbleches keine Rolle mehr. Maßgebend ist nur die Dicke des Oberbleches, die zwischen 0,2 und 2 mm liegen kann. Die Leistung der Maschine beträgt 16 kVA.

Die Lichtbogenschweißung mit dem Arcatomgerät mit dissoziiertem Wasserstoff (Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin) wurde bisher in der Hauptsache für Dünnschweißungen von 1 bis 12 mm verwendet. Neuerdings ist das Anwendungsgebiet auch für stärkere Bleche durch Schaffung eines Gerätes für höhere Leistungen erweitert worden. Damit wurde es möglich, auch Bleche bis zu 80 mm Stärke mit gutem Erfolg zu verschweißen. Ferner ist ein Quersfeld-Lichtbogen-Schweißumformer zu nennen, der nach dem Quersfeldprinzip gebaut ist und von der AEG. den neuesten Anforderungen in jeder Beziehung angepaßt wurde. So ist sein Leistungsbereich durch Verwendung eines stärkeren Schweißgenerators wesentlich vergrößert worden. Besondere Beachtung verdient die automatische Abschmelz-Stumpfschweißmaschine der AEG. Die Widerstandsschweißung dient vorwiegend zur Reihen-anfertigung und ist in den letzten Jahren auf Grund erhöhter Anforderungen in bezug auf Stückleistung und Genauigkeit weiter entwickelt worden. Die Maschine ermöglicht vollautomatisches Schweißen, hat eine Dauerleistung von 40 kVA und kann Querschnitte bis 2000 qmm verarbeiten. Die Spannvorrichtung ist so ausgeführt, daß auch Werkstücke von komplizierter Form schnell und genau gespannt werden können. Der ganze Aufbau ist den geforderten Genauigkeiten entsprechend gestaltet, so daß eine schnelle und außerordentlich genaue Schweißung sichergestellt ist, die teilweise nur eine Nachbearbeitung zur Entfernung des Schweißgrates nötig macht.

Um auch unabhängig von der elektrischen Stromzufuhr an Montagestellen, im Rohrleitungsbau oder dergleichen die elektrische Lichtbogenschweißung anwenden zu können, hat das Sachsenwerk (Niederjedlitz, Sa.) ein neues, benzinelektrisches Schweißaggregat herausgebracht. Es besteht aus einem bewährten Schweißgenerator und einem Zweizylinder-Verbrennungsmotor, Bauart DKW, mit 14 Brems-PS bei etwa 2800 Umdrehungen pro Minute. Kurbelgehäuse sowie Grundplatte sind aus Leichtmetall hergestellt, so daß die komplette betriebsfertige Anlage einschließlich Kühlwasser, Pumpe, Kühler usw. nur 270 kg wiegt. Die fahrbare Ausführung hat ein Gewicht von nur 470 kg.

Bei der Gaserschmelzschweißung ist insofern eine Aenderung eingetreten, als die wiederholte Flammeinstellung automatisch erfolgt. Das Schweißen kann daher beliebig oft unterbrochen werden. Außerdem läßt sich das Misrohr auf jede gewünschte Länge verstellen. Die gleiche Einrichtung besteht auch bei den Schneidbrennern, was namentlich bei Demontagen sehr vorteilhaft ist.

Neu ist ferner die Lenkrad-Autogen-Schneidemaschine (Messer & Co., Frankfurt a. M.). Der Brenner wird durch elektromotorischen Antrieb bewegt und von Hand gesteuert. Auf diese Weise ist es möglich, Schnitte jeder beliebigen Form nach Anriß, Schablone oder Zeichnung auszuführen. Auch Polygon- und Gehrungsschnitte sind ausführbar. Zur Ausführung einwandfreier Schweißungen sind durchweg Schweißmittel notwendig. Ein neues Mittel (K. A. Bock, Brandis-Leipzig) hat den Vorteil, flüssig zu sein und an der Luft nicht zu verderben. Zudem ist es nahezu für alle Materialien geeignet. Ausgeführte Bohr- und Biegeversuche haben seine Brauchbarkeit für die Praxis bewiesen.

Oberflächenbehandlung

Zur Oberflächenbehandlung durch Anstrich oder metallische Auflage müssen die Teile erst gründlich gereinigt werden. Dies kann auf zweierlei Weise geschehen: Einmal elektrolytisch in einem Entfettungsbad. Die Entfettung ist mit und ohne Vorverkupferung möglich. Ein anderer Apparat entfettet unter Zuhilfenahme von unverbrennbarem Trichloräthylen (Dr. Alexander Wacker, München). Diese Einrichtung kann für hand- oder selbsttätigen Betrieb vorgesehen werden. Die Werkstücke aus Eisen oder Stahl müssen dann in Scheuer- und Poliertrommeln noch kräftig geschauert und

poliert werden. Nach dieser Vorbehandlung können die Teile den gewünschten Metallüberzug durch Galvanisieren erhalten. Bei kleinen Stückzahlen verwendet man stehende Bäder, bei Massenartikeln die sogenannten Wanderbäder, wie in einer der früheren Nummern eingehend besprochen wurde. Dabei ist es möglich, durch Verwendung geeigneter Salze die Stromdichte stark zu vermindern und trotzdem die Wandergeschwindigkeit zu erhöhen (Langbein-Pfannhauser-Werke, Leipzig). Ein besonderer Vorteil liegt noch in der kreisenden Bewegung der Warenträger. Zum rationellen Trocknen der fertig galvanisierten und gespülten Teile werden Durchzugstrockenöfen verwendet, wodurch das lästige Trocknen mit Sägespänen wegfällt.

Soll bei Eisenteilen nur ein einfacher Farbüberzug zur Anwendung kommen, so wird dieser durch das Spritzverfahren ausgeführt. Von Vorteil bei leicht absehbenden und dickflüssigen Farbstoffen ist das Farb- und Lack-Umlaufwerk (Kraugberger & Co., Leipzig-Holzhausen). Ein Zahnradgetriebe drückt die Farbe ständig der Spritzdüse zu, während die von der Düse nicht verbrauchte Farbe unter Druck dem Farbtropf wieder zugeführt wird. Bei dem Spritzverfahren sind die Hoch- und Niederdruckapparate zu unterscheiden. Bei dem Hochdruckverfahren ist unter allen Umständen für eine gute Entlüftung des Spritzraumes zu sorgen. ... Id. D.

Die Solinger Stahlwarenindustrie im 19. Jahrhundert

III.



Die Schwertschmiedeordnung erinnert in vielen Punkten an die Verhältnisse früherer Jahrhunderte. Ähnliche Abmachungen wurden auch in anderen Branchen getroffen. Mittlerweile vollzog sich eine völlige Umwälzung in der Solinger Industrie. Im Jahre 1850 wurde die erste Dampfmaschine in Solingen aufgestellt. Es konnten nunmehr Schleifstellen mit Maschinenbetrieb errichtet werden. Die Schleifer waren nicht mehr wie früher in den Wupperkotten (Schleifstellen, die von der Wupper getrieben wurden) an die Witterung gebunden. Trotzdem behielten die Schleifer ihre Selbständigkeit. Weltgrößere Umwälzungen brachte die Einführung der Geseckschmiedereien (Fallhammer) mit sich. Früher wurden die Klingen, Messer, Scheren und dergleichen vom Schmied aus der Hand geschmiedet. Unter dem Fallhammer werden diese Sachen in glühendem Zustande in einem Gesecke geschlagen. Dadurch konnten in kurzer Zeit größere Massen hergestellt werden. Zudem wird die Arbeit unter dem Fallhammer exakter als beim Handschmied, was für die Weiterverarbeitung von großem Vorteil ist. Die Schwertklingen werden heute meistens gewalzt.

Der selbständige Schmied ist also vollständig verdrängt. Die sogenannte „schwarze Ware“ (geschmiedete Ware) wird nur noch in geschlossenen Fabrikbetrieben hergestellt. Auch in anderen Branchen der Schneidwarenindustrie macht sich eine starke Entwicklung zum Fabrikssystem bemerkbar. Überall hat die Technik mit mehr oder weniger Erfolg eingeseht. Durch Einführung der Schleifmaschine ist die Herstellung der Rasiermesser zum großen Teil Fabrikarbeit geworden, trotz jahrelanger Kämpfe, die von den Arbeitern gegen die Einführung der Maschine geführt wurden. Die Rasiermesserfabrik C. S. Ern liefert bei flottem Geschäftsgang 8000 bis 10 000 fertige Rasiermesser pro Tag. Auch haben sich viele selbständige Rasiermesser Schleifer eine Schleifmaschine angeschafft und verwerten auf diese Weise den technischen Fortschritt.

In der Taschen- und Federmesserbranche spielt die maschinelle Teilarbeit ebenfalls schon eine größere Rolle. Nach dem Kriege ist in der Tafelmesserbranche gleichfalls die Schleifmaschine eingeführt worden. Dadurch wurde mancher Heimarbeiter zum unselbständigen Lohnarbeiter.

Daß auch einmal das Gegenteil eintreten kann, hat die Einführung der Elektrizität im Solinger Gebiet bewiesen. Im Jahre 1898 wurde das Bergische Elektrizitätswerk gegründet. Dadurch wurde tausenden Heimarbeitern die Möglichkeit gegeben, sich zu Hause mit wenig Kosten einen kleinen Betrieb anzulegen. Die selbständigen Arbeiter zogen aus den gemieteten Schleif- und sonstigen Arbeitsstellen aus und schlugen zu Hause ihre Werkstatt auf. Die elektrische Kraft hat hier also die hausindustrielle Arbeit in erheblichem Maße gefördert.

Alle diese technischen Fortschritte kamen der Solinger Industrie im Laufe der Jahre zugute. Seit den siebziger Jahren macht sich ein stetes Aufblühen der Solinger Stahlwarenindustrie bemerkbar. Eine Anzahl Firmen gelangen zu hoher Blüte. Durch Lieferung von Qualitätsware wird ein ständiger Absatz im Inlande gesichert. Gleichzeitig wird wie in alten Zeiten die Konkurrenz mit dem Auslande aufgenommen. Und auch hier wird der Markt zum großen Teil erobert. Solingen hat seine alte Berühmtheit wieder erlangt, dank des Unternehmergeistes hervorragender Fabrikanten, aber auch dank der großen Geschicklichkeit der Solinger Arbeiterschaft. Mit dem Aufblühen der Solinger Industrie trat die Frage der wirtschaftlichen Besserstellung der Arbeiter naturgemäß wieder in den Vordergrund. Der alte, so oft bewährte Organisationsgedanke der Solinger Arbeiterschaft kam wieder zum Durchbruch. Die Arbeiter forderten zur Sicherung ihres Einkommens Tarifverträge, welche auch nach jahrelangen Kämpfen in fast allen Branchen zur Einführung gelangten.

G. Hebborn, Solingen.

Die Benzinkutsche

Ein Wunderwerk

Man sagt so leicht hin: Der Motor macht 2000 Umdrehungen. Selten macht sich aber jemand klar, was das zu bedeuten hat. Bei 2000 Umdrehungen muß der Kolben in jedem Zylinder 4000mal seinen Weg zurücklegen, in einer einzigen Minute! Er muß aber in dieser kurzen Zeit auch oben und unten umkehren, also 4000mal stehen bleiben! Dabei sind 2000 Umdrehungen — Drehzahl oder Tourenzahl — ganz niedrig. Es gibt Sportfahrzeuge, die 7000 Umdrehungen in jeder Minute leisten.

Jede einzelne Explosion ist so gewaltig, als schlägt man mit einem 35 Kilogramm schweren Hammer. Dabei entsteht eine Hitze von 1000 Grad Celsius. 20- bis 30mal in jeder Sekunde erfolgt eine Explosion. Das sind in jedem Zylinder in jeder Minute 1200

bis 1800 Explosionen! Zu jeder Verbrennung gehört Sauerstoff. Ohne Luft kann nichts brennen, auch das Gas im Zylinder nicht. Darum laufen Motoren in waldreichen Gebirgen besser als unten. Aber Flugzeuge in großer Höhe leisten weniger, weil es ihnen an Sauerstoff mangelt. Der Höhenflieger trägt eine Sauerstoffmaske. Auch die Motoren will man bei Höhenflügen so mit Sauerstoff versorgen. Bei der ungeheuren Geschwindigkeit, mit der alle Arbeit in den Zylindern vor sich geht, wird verständlich, daß sehr viel Luft vom Motor verbraucht wird. Für einen mittleren Wagen sind es etwa 100 000 Liter in der Stunde!

Wie der Luftreifen erfunden wurde

In der irischen Stadt Belfast wohnte ein Tierarzt namens Dunlop. Er schenkte seinem zehnjährigen Söhnchen ein Dreirad. Der Junge fuhr, kam aber bald wieder zurück und sagte: „Vater,

mit diesem Ding fahre ich nicht mehr!" „Warum denn nicht!" „Das rumpelt und holpert ja, daß einem alles wehtut."

Der Vater sann nach, wie er dem Uebel abhelfen könne. „Salt," sagte er, „ich schneide ein paar Stücke von einem Gartenschlauch ab". Er legte sie um die Räder, klebte sie zusammen und pumpte Luft hinein. Der Junge radelte nun mit großem Vergnügen, und der Vater freute sich über den guten Einfall. Daß er eine große Erfindung gemacht hatte, wußte er nicht. Das sagte ihm erst später ein englischer Rennfahrer, der den Jungen mit dem Luftreifen aus Gartenschlauch fahren sah. Da erst meldete Herr Dunlop seinen Gedanken als Patent an. Im Jahre 1888 wurde eine Dunlop-Gesellschaft gegründet, eine Firma, die heute in der ganzen Welt bekannt ist.

Dankbarkeit auf der Straße

In London lebte ein armer Mann. Der war so arm, daß er seine Kinder nicht zur Schule schicken konnte. Das war sein größter Kummer. Lange dachte er nach, wie er doch Geld für seine Jungen verdienen könnte. Aber alles war vergebens. Da fand er ein-

mal am Meere schöne Muscheln. Er sammelte sie und bot sie den vornehmen Leuten im Badeorte an. Die waren zu bequem, sich selbst zu bücken. Gern gaben sie dem Mann ein paar Pfennige. Da suchte der besorgte Vater immer mehr und erwarb sich schließlich so das Schulgeld für seine Söhne. Die Jungen lernten fleißig in der Schule. Sie wurden tüchtige Kaufleute, erwarben sich Oelquellen und kamen zu großem Reichtum. Aber sie vergaßen ihren alten Vater nicht. Sie nannten ihre Firma ihm zuliebe Shell, das heißt Muschel. Und von diesem Zeichen ließen sie auch nicht ab, als sie sich mit den Holländern zusammenschlossen.

Das Sinnbild der Dankbarkeit ziert nun jeden ihrer Eisenbahnwagen, jedes ihrer Schiffe, jede gelbe Tankstelle und jede ihrer Oelkannen. In den meisten Ländern der Erde, auf allen Meeren, in Dörfern wie in Städten — überall mahnt die kleine Muschel: Kinder, vergeßt eure Eltern nicht! (Mit Erlaubnis des Verlags einem köstlichen Büchlein entnommen: Willy Steiger, Die Benzinkutsche, Ullinshuhle-Verlag Dresden, 50 Pf., das mit vielen Bildern und einer Fülle hochinteressanten Stoffes jeden Jungen und Erwachsenen spielend einführt in die große Welt des Benzinmotors.)

L.

Vermeidung von Rundfunk-Empfangsstörungen

Der Rundfunk ist eins der ausgedehntesten Mittel zur Verbreitung menschlichen Wissens geworden und erlangt schon allein zahlenmäßig immer weitere Ausdehnung. Haben wir doch z. B. im Deutschen Reich die vierte Teilnehmer-Million überschritten. Keiner der zahlreichen Hörergemeinde will auf die gewohnten Annehmlichkeiten verzichten und will vor allen Dingen in den Stunden der Erholung seinen Rundfunk nicht missen. Und deshalb muß besonders darauf geachtet werden, daß jedem Teilnehmer ungestörter Genuß der Rundfunkdarbietungen ermöglicht wird, da er sonst andere Stätten der Erholung aufsucht.

Es gilt also, alle Störungen des Empfangs zu beseitigen; hierzu möge man Gelegenheit zur Erprobung all der weiter unten angeführten Schaltungen nehmen, die aus der Praxis gewonnen und schon mit bestem Erfolge verwertet worden sind. Hoffen wir, daß es mittels der vorgeschlagenen Auswege gelingt, den Rundfunk störfrei zu machen.

Voraussetzung für jeden guten Rundfunkempfang ist zunächst die richtige Anlage und Instandhaltung der Empfangsanordnung. Wo schlechte Batterie, Wackelkontakte, unsichere Seizwiderstände, schlechte Lötstellen und dergleichen vorhanden sind, werden im Empfangsapparat immer klagende und rauschende Zeichen zu hören sein. Und wer Antenne oder Erdleitung parallel zu Hoch-

spannungs-, Licht- oder Telegraphenleitungen oder in ihre Nähe verlegt hat, darf sich nicht wundern, wenn er zu jeder Zeit das melodische Summen des Wechselstroms oder die von Telegraphenapparaten ausgehenden Telegraphierzeichen im Hörer hat.

Ein erbitterter Feind des Rundfunks, gegen den es noch keine völlige Abwehr gibt, sind die Luftstörungen. Dies sind knackende und klagende Geräusche, die in der Verschlebung und Entladung innerhalb der Atmosphäre ihre Ursache haben. Sie treten besonders im Sommer auf, sehr stark an schwülen Tagen und vor Gewittern. Auch Wetterumschlag zeigt sich durch solche Störungen beim Fernempfang an. Eine Milderung dieser Störungen läßt sich durch Verwendung von Zimmer- und Rahmenantennen statt Hochantennen erreichen. Auch sogenannte Untergrundantennen nehmen weniger Störungen auf. Doch sind diese Mittel nur bei hochwertigen Geräten anwendbar, da sonst ein Fernempfang nicht mehr möglich sein dürfte. Zweckmäßig hört man an Tagen mit starken Luftstörungen nicht mit Lautsprecher, sondern unter Anwendung möglichst geringer Verstärkung mit dem Kopfhörer.

Außer den gewöhnlichen Luftstörungen gibt es noch die statischen, die durch Aufladung der Antenne hervorgerufen werden. Herausziehende Gewitter, auf die Antenne aufschlagender Regen, Schnee und Hagel, ferner Nebel, sie alle setzen ihre elektrische Ladung auf

Florian Geyer

(Fortsetzung von Seite 320.)

„So wär's ein noch viel übler Werk geworden", antwortete Florian, der das Schelten lange angehört hatte.

Zepf sah nach ihm hin und rief zornig: „Wollt Ihr es etwa beklagen, wenn diesen Schelmen die Schädel eingeschlagen werden?"

„Schelme und Räuber mag man köpfen", versetzte Florian, „wenn sie ehrliche Leute plündern und niederrennen, darauf in ihren Raubnestern die Schwachen und Beschädigten verladen. Die Bauern von Aura taten jedoch nichts als billiges, wenn sie sich bei dem Abte über Unrecht beklagten, das an ihnen begangen wurde. Daran läßt sich nichts Strafbares erkennen."

Zepf von Rosenberg stand wie erstarrt. Seine Veste Haldenbergstetten war eines der ärgsten Raubnestern in Franken, er selbst einer der verrufensten ritterlichen Strauchdiebe damaliger Zeit. Aber er war der Herr der Herrschaft Rosenberg, und viele suchten seine Freundschaft. In seinen Blicken mischten sich Grimm und Erstaunen über die Beleidigung, die er empfangen, und doch konnte er kaum daran glauben, daß er wirklich recht gehört. Florian Geyer sprach so gelassen und gleichgültig, als sei er ohne alle Besorgnis; auch stand er vor ihm, ohne ihn weiter zu beachten.

Zepf empfand geheime Furcht vor Florian. Er lachte wild auf und sah umher; plötzlich trafen seine Blicke auf einen Herrn, der eben eingetreten war und zugehört hatte.

„Seid Ihr da, Gög?" rief er. „das ist mir lieb! Ich meinte schon, es schlichen sich Bauern bei uns ein."

„Wenn Ihr damit mich zu treffen meint, Herr von Rosenberg", sagte Florian mit stolzem Gesicht, „so irrt Ihr Euch. Mein altes Geschlecht hat nicht vergessen, daß es von Bauern stammt, und in dieser Zeit täte es not, wenn sich jeder daran erinnerte, daß es einstmal in Deutschland nur freie Bauern gab."

„Ei, der Tausend!" rief Zepf und sah auf seine Füße, „wächst mir nicht schon der Bundschuh dort unten!"

„Den trägt wohl mancher wackre Mann", versetzte Florian, „und tut ihm besser als der Ritterstiefel."

Wie viele auch dem hochmütigen Rosenberg eine derbe Zurechtweisung gönnten, so erregte diese Äußerung doch allgemeines Mißfallen. Den Ritterstiefel zu schmähen und den Bundschuh zu preisen, war selbst den Freunden Florians zu viel.

„Salt! halt!" riefen mehrere, doch ehe weiteres geschah, erhob Herr Gög von Berlichingen seine mächtige Stimme. „Liebe Herren und Freunde", sagte er, „ich bin kaum erst in Würzburg angekommen, meinem gnädigen Lehnsherrn aufzuwarten, denke hier lustige Festgesichter und fröhliche Genossen zu treffen und finde hihige Köpfe ohne alle Not. Was soll das heißen, Florian Geyer? Hattet Ihr Schuh oder Stiefeln an, Junker, als wir bei Mädmühl zusammentrafen? Es paßt der Stiefel zum Stiefel, der Schuh zum Schuh, und wird aus beiden niemals ein Paar."

„Richtig, Gög, richtig!" lachten viele. „Run", antwortete Gög, mitlachend, „so laßt, was paßt, auch hübsch beisammen, schlage nicht der eine dem andern Hacken und Sporen ab. Was aber die Schuhe betrifft, so sind das nützliche, gute Geräte, die man auch nicht mutwillig zersehen und zerhauen soll, das mag jeder merken. Denn soll etwa der Stiefel hinter dem Pflug hergehen und graben, säen und ernten, wenn's keine Schuhe mehr gibt? Laßt die Schuhe leben, Zepf, was soll sonst aus dem Stiefel werden? Bedenke es wohl, daß wir ihre Dienste nicht missen können!"

„Zu Diensten mögen sie leben, aber nicht zum Schaden!" rief der Freiherr.

„Was tun sie uns denn Greuliches?" fragte Gög. „Der Abt von Aura ist ein so frommer, gnädiger Herr, daß er sich sicherlich freute, seine



der Antenne ab. Der Spannungsausgleich zwischen Luftleiter und Erde ergibt dann das genannte Störgeräusch. Abhilfe schafft die Benutzung einer Zimmerantenne.

Der Fernempfang bestimmter Sender kann dadurch beeinträchtigt werden, daß der zu empfangende Sender überlagert wird, oder daß ein ungewollter Sender durchschlägt. Die Überlagerung zweier Sender ist durch das dauernde Pfeifen auf der betreffenden Welle gekennzeichnet. Eigentlich sollte ein Überlagern nach Inkrafttreten der neuen europäischen Wellenverteilung, wenigstens bei den Sendern ohne gleichliegende Welle, nicht möglich sein. Leider aber halten manche außerdeutschen Sender ihre Welle nicht immer genau ein, so daß hin und wieder der eine oder andere Sender überlagert ist. Gegen diese Art der Störungen kann sich der Teilnehmer nur helfen, indem er auf einen anderen Sender einstellt.

Das unangenehme Durchschlagen eines Senders wird vermieden durch Erhöhen der Trennungsschärfe des Empfangsgerätes, ist jedoch ohne Umbau oder Dazuschalten einer Vorstufstufe meist nicht zu erreichen. Kürzere Antennen sind trennschärfer als sehr lange. Ein störender Ortsender kann durch Vor-schalten eines Kurzschlußkreises sehr wohl abgeschaltet werden. Ein solcher Kurzschlußkreis besteht aus einem Kondensator (Drehkondensator) und einer damit in Reihe geschalteten möglichst verlustfrei gewickelten Spule. Durch Einschalten zwischen Antennen und Erdklemme des Empfangsapparates und genaues Abstimmen auf den störenden Ortsender kann dieser fast vollständig unterdrückt werden. Eigentlich zählt das Durchschlagen eines zweiten Senders nicht zu den Empfangsstörungen, denn es kann durch geeignete Wahl des Empfangsgerätes vermieden werden.

Wir kommen nun zu den Empfangsstörungen durch Rückkoppler, einem Gebiet, auf dem die Vertrauensleute der einzelnen Sendegesellschaften bisher mit bestem Erfolge reinigend gewirkt haben, wobei sie auch jederzeit volle Unterstützung bei den berufenen amtlichen Stellen fanden.

Hört man nur ab und zu ein Pfeifen: hoch, tief, hoch, dann wird das noch wenig stören. Bleibt aber ein lieber Funknachbar auf der Welle stehen, d. h. hört das Pfeifen auf einer gewissen Tonlage nicht mehr auf, dann kann man zur Verzweiflung gelangen. Es gibt da nur eine Abhilfe: Den Störenfried ausfindig zu machen, ihn, wenn er aus Unkenntnis seines Apparates die Störungen verursacht, in der Bedienung seines Gerätes freundlicherweise zu unterweisen und ihn zur Vorsicht zu mahnen. Wenn dagegen der Verdacht auf absichtliche Störung durch Rückkopplung besteht, wäre dies dem zuständigen Postamt anzuzeigen, da unter Umständen der Schuldige nach dem Gesetz über Fernmeldeanlagen mit empfindlichen Strafen belegt werden kann.

Störend wirken können auch die Telegraphiesender, durch klappernde Zeichen oder störendes längeres Schnurren. In solchen Fällen hilft man sich am besten, wenn man die Störungen

sofort der zuständigen Oberpostdirektion mitteilt. Die Mitteilung soll zweckmäßig das Rufzeichen des störenden Senders enthalten. Wenn man die Telegraphiezeichen selbst nicht lesen kann, hole man sich hierzu einen guten Bekannten oder einen kundigen Herrn vom nächsten Funkverein oder Postamt. Die Beseitigung dieser Störungen nimmt einige Zeit in Anspruch, da es sich des öfteren um ausländische Sender handelt und langwierige internationale Verhandlungen notwendig sein können.

W. Brehm.

(Fortsetzung folgt.)

Bekanntmachung

Sonntag, den 22. Mai 1932, ist der 22. Wochenbeitrag fällig.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter:

Hauptteil:

Dreizehnte Verbands-Generalversammlung in Königswinter, S. 313. Zur dreizehnten Generalversammlung (G. W.), S. 314. Industriepolitik und Wirtschaftskrise (...er.) S. 315. Konsumgenossenschaften im öffentlichen Kampf (W.), S. 316. Evangelische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften, S. 317.

Verbandsgebiet:

Eine verdienstvolle Mitarbeiterin in Dülken + (A. M.); Homburg-Saar-pfalz meldet (B.); Aus dem Trierer Land (E. Kaufack), S. 319.

Umfchau:

Albert Thomas + (...), S. 320.

Unterhaltung:

Florian Geyer (Theodor Mügge), S. 318.

Wirtschaft — Technik:

Fortschritte im Werkzeugmaschinenbau für die Metallindustrie (...ld, D.), S. 321. Die Solinger Stahlwarenindustrie im 19. Jahrhundert (G. Seeborn, Solingen), S. 322. Die Benzinkutsche (L.), S. 322. Vermeidung von Rundfunk-Empfangsstörungen (W. Brehm), S. 323.

Bekanntmachungen:

Seite 324.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapel-tor 17. — Druck: Echo-Verlag und -Druckerei, e. G. m. b. H., Duisburg.

durstigen Bauern mit einem fäshen Wein aus dem reichen Klosterkeller zu erquicken, und ihm nichts lieber dünkte, als daß es ihnen schmeckte. Wenn aber die armen Leute zu ihrem geistlichen Hirten gehen und um ein Stückchen Brot und ein Krüglein Wein bitten, sollen wir darum ein grauam, blutig Geschrei erheben?"

Lachen und Beifall wurden allgemein. Der Graf von Castell rief: „Ihr hättet gewiß nichts dagegen, lieber Göh, wenn bei Eurem werten Freunde, dem Bischof von Bamberg, auch einmal angeklöpft würde?"

„Nicht das geringste“, sagte Göh. „Die geistlichen Keller haben ja Überfluß, und es steht geschrieben in der heiligen Schrift: Speisset die Hungrigen, tränket die Durstenden und kleidet die Nackten, so ihr wollt in das Himmelreich kommen! Wer aber will da vor allen anderen nicht hinein als unsere frommen Priester? Also müssen sie vor Freuden jauchzen, wenn sie ihre Bauern kommen sehen, je mehr, um so lieber.“

Göh von Berlichingen stellte, in dieser Art weiter fortfahrend, den Frieden wieder her, und mit dem Anschein offener Treuherzigkeit wußte er dabei seine geheimen Gedanken auszustreuen. Viel wurde hin- und hergeredet, daß der Adel mehr als jemals daran denken müsse, sich vor der Geistlichkeit und vor den Fürsten zu hüten, denn beider Streben laufe darauf hin, die Freiheit der Ritterschaft zu unterdrücken, immer mehr abhängige, gehorsame Dienstleute aus ihr zu machen, so daß, wer kein Pfaffenknecht sei, ein Fürstenknecht sein werde.

„Und wie wollt ihr dies vermeiden?“ fragte Florian, der lange geschwiegen hatte.

„Sagt uns doch lieber, was Ihr selber darüber denkt“, antwortete Göh ausweichend.

Florian fühlte das Gefährliche in dieser Aufforderung. Er zauderte einige Augenblicke, dann aber sagte er entschlossen: „Es gibt nur einen Weg, um uns als freie Männer zu erhalten, indem wir uns mit dem Volke verbinden. Bisher haben wir zu seiner Unterdrückung beigetragen, jetzt müssen wir seine Freiheit erwerben und schützen helfen. Die Priester haben ihr Glaubensjoch auf alle Nacken gelegt, nun endlich geht es aus den Fugen und will abfallen. Wollen wir dem Volke nicht

helfen, so werden die Fürsten sich seiner bemächtigen und ein neues Joch schmieden, das auch für uns paßt und wohl auf Jahrhunderte vorhält. So ist es denn Zeit, ihm und uns zu Rechte zu stehen und uns nicht den Arm zu rauben, der not tut.“

Sie blickten ihn erstaunt an. Manche begriffen, was er meinte, so wenig, als vorher Zeysof von Rosenberg. „Welchen Arm meint Ihr denn?“ fragte einer.

„Den Arm des Volkes!“ antwortete Florian.

„Und welches Recht, bei dem wir stehen sollen?“ fiel ein anderer ein.

„Bei des Volkes Recht! — Seht ihr nicht an der Schweiz, was ein freies Volk in Einigkeit vermag? Hat der Adel nicht auch dort wacker geholfen, Graf Werdenburg sein ritterlich Kleid nicht abgelegt, um mit den Hirten von Appenzell für die Freiheit zu fechten?“

„Joho!“ schrie Zeysof, „brüllt die Kuh vom Schwandenberge also, daß sie es in der Schweiz hören!“

„Bundschuh! Bundschuh!“ lachten andere, „wir mögen keine Kuhhirten werden.“

„Und uns nicht mit Einbildungen abplagen, die den Schuh so wenig wie den Stiefel zum Tanzen bringen!“ sprach Göh mit einem pffigen Blick und Wink auf Florian.

Nun folgten viele Redereien, doch Florian antwortete nicht weiter darauf. Er zog sich in sein teilnahmsloses Schweigen zurück und verharrte darin während des Abends. Endlich, als niemand mehr zugegen war als Göh und Graf Georg, begann dieser in seiner ruhigen Weise Florians Benehmen zu tadeln und bewirkte dadurch neuen Streit. „Das war nicht wohlgetan“, sagte er; „denn du hättest den Erfolg wohl bedenken können. Manchen hast du abgeschreckt, den du gewinnen wolltest; denn Volksrecht und Volkssache sind heutzutage gefährliche Dinge, die den meisten gleichbedeutend mit Aufhebung der Fronen und Zehnten und Verlust ihres Eigentums dünken.“

(Fortsetzung folgt.)